

**Änderungsantrag**der Fraktionen SPD und Die
Grünen/Linke.OL**AT-13/26-31**

Datum

18.08.2026

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	27.08.2026	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	10.09.2026	beschließend

Betreff:**Zusammengeführter Antrag zum Hitzeschutz in besonders schutzbedürftigen
Einrichtungen der Fraktionen SPD und DIE GRÜNEN/Linke.OL vom 18.08.2026****Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt, ein städtisches Konzept zum Hitzeschutz in besonders schutzbedürftigen Einrichtungen zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Hierzu sollen insbesondere Kindertagesstätten, Schulen sowie – soweit städtisch relevant und rechtlich zuständig – weitere sensible Einrichtungen wie Pflegeeinrichtungen und medizinische Einrichtungen einbezogen werden.

Das Konzept soll insbesondere folgende Bausteine umfassen:

- Kurzfristige Maßnahmen wie wirksamer Sonnenschutz, Verschattung, Trinkwasserversorgung und organisatorische Entlastungen bei extremen Temperaturen,
- mittelfristige und bauliche Maßnahmen wie Lüftungs-, Kühl- und Verschattungslösungen sowie Optimierungen an Gebäudehülle und Luftführung,
- naturnahe Maßnahmen wie Begrünung, Beschattung und Hitzeminderung auf Außenflächen (z.B. Entsiegelung),
- eine Priorisierung besonders belasteter Standorte,
- eine Darstellung der Umsetzbarkeit, Kosten, Fördermöglichkeiten und eines realistischen Zeitplans,
- eine Prüfung, wie vorhandene oder künftig verfügbare Investitionsmittel für klimafeste Modernisierung eingesetzt werden können.

Bei der Ausarbeitung sollen Wirtschaftlichkeit, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und die besondere Schutzbedürftigkeit der Nutzergruppen berücksichtigt werden. Ziel ist es, die Aufenthalts-, Lern- und Arbeitsbedingungen in den betroffenen Einrichtungen dauerhaft zu verbessern und die Stadt strukturell auf zunehmende Hitzeperioden vorzubereiten.

Begründung:

Beide vorliegenden Fraktionsanträge verfolgen dasselbe Kernziel: den Hitzeschutz in öffentlichen Einrichtungen strukturiert zu verbessern. Während ein Antrag den Schwerpunkt auf Kindertagesstätten und Schulen mit kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen legt, erweitert der andere den Blick um Pflegeeinrichtungen und medizinische Einrichtungen sowie um Priorisierung, Investitionsprogramm und Förderkulisse.

Eine zusammengeführte Fassung bündelt diese inhaltlichen Schnittmengen, vermeidet Doppelstrukturen und hält den politischen Auftrag zugleich klar und praktikabel. Statt bereits im Antrag eine Übersteuerung durch zu viele Einzelvorgaben vorzunehmen, soll der Magistrat ein umsetzbares Gesamtkonzept mit Prioritäten, Kostenrahmen, Förderperspektiven und Zeitplanung vorlegen.

Damit wird der Handlungsdruck angesichts zunehmender Hitzeperioden aufgenommen, ohne die Verwaltung unnötig administrativ zu überfrachten. Zugleich bleiben Schutzbedürftigkeit, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und eine zügige Umsetzbarkeit als politische Leitlinien klar benannt.

Lea Kotyga-Mirza
Fraktionsvorsitzende
SPD-Fraktion

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE GRÜNEN/Linke.OL